

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

Niederschrift

über die konstituierende öffentliche Sitzung des
Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung am
03.09.2019 im Kreisausschusssaal der Kreisverwaltung Teltow-Fläming,
Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Hans-Stefan Edler

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Frank Bitterling

Herr Winand Jansen

Herr Stefan Jochen Jurisch

unentschuldigt

Herr Dr. Gerhard Kalinka

Frau Monika Nestler

Herr Jörg Niendorf

Herr Robert Trebus

Herr Jens Wylegalla

Verwaltung

Frau Kornelia Wehlan, Landrätin

Herr Johannes Ferdinand, Beigeordneter, Leiter des Dezernates I und Amtsleiter Kämmerei

Frau Dietlind Biesterfeld, Beigeordnete und Leiterin des Dezernates III

Herr Siegmund Trebschuh, Leiter des Dezernates IV (m. d. W. d. G. b.), Wirtschaftsförderungsbeauftragter und Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung

Herr Hubert Grosenick, Amtsleiter des Hauptamtes

Herr Dr. Manfred Fechner, Amtsleiter des Umweltamtes

Frau Anett Thätner, Amtsleiterin des Kataster- und Vermessungsamtes

Herr Jens Herrmann, Sachgebietsleiter Gebäude- und Liegenschaftsmanagement im Hauptamt

Herr Jörg Thiele, Sachgebietsleiter Infrastrukturmanagement im Hauptamt

Frau Verena Mehlis, Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:15 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Wahl der/des Stellvertreterin/Stellvertreters des Vorsitzenden
- 3 Einwendungen gegen die Niederschriften der Sitzungen vom 09.04.2019 und 07.05.2019
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Struktur und Aufgaben der für den Ausschuss zuständigen Ämter und Bereiche
 - Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung
 - Themenbereich Flughafen BER
 - Straßenverkehrsamt
 - Kataster- und Vermessungsamt
 - Umweltamt
 - Hauptamt
- 6 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 7 Beschlussvorlagen
- 7.1 Unbefristete Vereinbarung des Landkreises mit dem Land Brandenburg - Landesamt für Bauen und Verkehr - über die Wahrnehmung der Aufgabe des Fluglärmschutzbeauftragten für den Flughafen Berlin Brandenburg Willy Brandt - BER 6-3956/19-LR
- 7.2 Assoziierte Mitgliedschaft des Landkreises Teltow-Fläming in den Verein „Kommunale Nachbarn Berlin und Brandenburg e.V.“ (KNBB e.V.) 6-3947/19-IV/1
- 8 Arbeitsplan 2019
- 9 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Edler eröffnet die konstituierende Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Gleichzeitig bittet er die Verwaltung um Aufstellung von Namensschildern.

Der Ausschussvorsitzende entschuldigt sich zunächst dafür, dass ein von Herrn Jansen fristgerecht eingereichter Antrag zum Thema Brandschutzkonzept nicht auf der Tagesordnung steht. In der Vorberatung mit der Verwaltung hatte man sich darauf verständigt, zunächst den Kreistag abzuwarten, da dort bekanntlich dazu eine Vorlage bezüglich der Einrichtung eines Sonderausschusses Brandschutz, speziell Waldflächen, eingehen wird. Hier wäre der Antrag von Herrn Jansen korrekt platziert gewesen. Formell

würde es jedoch der Richtigkeit entsprechen, wenn dieser Punkt auf der Tagesordnung geblieben wäre.

Herr Jansen bekräftigt, dass es hier nicht nur um Brandschutzkonzepte handelt. Er möchte die Verunsicherung der Bevölkerung in den Dörfern rund um den ehemaligen Truppenübungsplatz darlegen und dass die Stiftung Landwirte anschreibt zur Ausschreibung der Pflege des Brandschutzstreifens. **Herr Jansen** bittet die Stiftung um Vorstellung des Brandschutzkonzeptes und dessen Wirkungsweise. Er ist der Ansicht, dass die Mittel, über welche die Stiftung verfügt, auch für den Brandschutz eingesetzt werden müssen.

Herr Dr. Kalinka hat eine Frage zum TOP „Verschiedenes“. Er erklärt, dass wir dem Öffentlichkeitsgrundsatz unterliegen und er als Vorsitzender immer gehalten war, diesen Punkt überhaupt nicht mehr aufzurufen, da sich hier auch unbekannte Angelegenheiten dahinter verbergen. Er bittet um Darlegung der Verfahrensweise in diesem Ausschuss.

Herr Edler geht davon aus, dass unter diesem Punkt doch keine Beschlüsse zu fassen sind, lediglich Vorabsprachen getroffen oder ein Gedankenaustausch durchgeführt werden. Dieses dürfte in keiner Form gegen den Öffentlichkeitsgrundsatz verstoßen.

Frau Wehlan bezieht sich auf das von Herrn Jansen aufgerufene Thema, welches die Aufgaben nach dem Brandenburgischen Brand- und Katastrophenschutzgesetz betrifft, die von den Landkreisen als Untere Katastrophenschutzbehörde wahrgenommen werden. Insofern sind Sachverhalte, die dieses Tätigwerden betreffen, nicht Angelegenheiten des Kreistages bzw. seiner Ausschüsse. Diese Thematik wird nochmals im Rahmen einer Antragstellung aufgerufen, wozu die Verwaltung dann Stellung nehmen wird.

Weiterhin äußert sich **Frau Wehlan** zum Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ dahingehend, als dass hier keine Sachverhalte, die dem Öffentlichkeitsgebot unterliegen, thematisiert werden dürfen.

Herr Jansen verweist darauf, dass in seiner Zeit als Vorsitzender des Ausschusses der Punkt „Verschiedenes“ auf seine Initiative eingeführt wurde, um zum Beispiel auch Personen, die nicht der Verwaltung angehören, die Möglichkeit von einfachen Mitteilungen zu geben, ohne jedoch Beschlüsse fassen zu müssen.

Herr Edler lässt über die Tagesordnung abstimmen, die vom Ausschuss bestätigt wird.

TOP 2

Wahl der/des Stellvertreterin/Stellvertreters des Vorsitzenden

Herr Edler schlägt den ehemaligen Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Jansen, als Stellvertreter vor. **Herr Niendorf** plädiert für Herrn Trebus.

Herr Jansen erklärt seinen Verzicht, auch im Hinblick darauf, dem Ausschuss eine geheime Wahl zu ersparen.

Da keine weiteren Vorschläge zur Wahl stehen, fragt **Herr Edler** Herrn Trebus, ob er zur Verfügung steht, was dieser bestätigt.

Gleichzeitig erläutert **Herr Edler** die Verfahrensweise zur Durchführung der Wahl. Da es keinen Widerspruch zu einer offenen Abstimmung gibt, lässt **Herr Edler** über Herrn Trebus zur Wahl als Stellvertreter des Vorsitzenden abstimmen, welcher bei 1 Stimmenthaltung gewählt wird. **Herr Trebus** nimmt die Wahl an.

TOP 3

Einwendungen gegen die Niederschriften der Sitzungen vom 09.04.2019 und 07.05.2019

Da hier keine schriftlichen Einwendungen erfolgten, werden beide Niederschriften bestätigt.

TOP 4

Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Fragen, so dass sich auch die Information über die Erhebung von personenbezogenen Daten gemäß Art. 13 der EU-DSGVO durch den Ausschussvorsitzenden erübrigt.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Frau Wehlan stellt fest, dass dazu aktuell keine Mitteilungen vorhanden sind. Sie verweist jedoch auf den Postausgang am 04.09.2019 zur Übersendung der Unterlagen an den Kreistag sowie auf den am 07.09.2019 stattfindenden „Tag der offenen Tür“, gemeinsam mit dem „Behinderten- und Skaterfest“, welche vom Landkreis organisiert werden.

TOP 5.1

Struktur und Aufgaben der für den Ausschuss zuständigen Ämter und Bereiche

- **Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung**
- **Themenbereich Flughafen BER**
- **Straßenverkehrsamt**
- **Kataster- und Vermessungsamt**
- **Umweltamt**
- **Hauptamt**

Herr Edler erklärt, dass er die Verwaltung darum gebeten hat, eine kurze Darstellung über die Aufgaben des Ausschusses und zur Struktur der für diesen zuständigen Ämter zu geben.

Anschließend stellt sich **Herr Trebschuh** vor und gibt anhand einer Power-Point-Präsentation (im Ratsinformationssystem einsehbar) detaillierte Ausführungen zur organisatorischen Ausführung sowie zur Struktur und zu den Aufgaben des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung. Er verweist darauf, dass die Präsentation den Anwesenden als Anlage zum Protokoll im Nachhinein zur Verfügung gestellt wird.

Frau Biesterfeld führt die Präsentation weiter und stellt den Themenbereich Flughafen BER näher vor.

Herr Grosenick stellt sich und das von ihm als Amtsleiter vertretene Straßenverkehrsamt vor.

Frau Thätner, die sich näher vorstellt, präsentiert das Kataster- und Vermessungsamt.

Herr Dr. Fechner stellt sich vor und zeigt sowohl die Struktur als auch die Aufgaben des von ihm als Amtsleiter vertretenen Umweltamtes auf.

Im Anschluss daran werden von **Herrn Herrmann** als Sachgebietsleiter Gebäude- und Liegenschaftsmanagement und von **Herrn Thiele** als Sachgebietsleiter Infrastrukturmanagement die Verantwortungsbereiche des Hauptamtes dargestellt.

Herr Trebschuh, der die Präsentation beendet, verweist nochmals auf die benannten Ansprechpartner, die für Fragen zur Verfügung stehen.

Herr Edler bedankt sich bei der Verwaltung für die Präsentation und bittet damit auch um Verständnis bei den Abgeordneten angesichts der Fülle der Aufgaben einer Kreisverwaltung.

Herrn Wylegalla interessieren in erster Linie die kreiseigenen Flurstücke, welche im Vortrag benannt wurden. Daher bittet er um eine Visualisierung als Arbeitsgrundlage.

Weiterhin bittet **Herr Wylegalla** Herrn Trebschuh um Darlegung der weiteren Aufgaben des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, gerade in Bezug auf kleine und mittlere Unternehmen, und der Höhe des Budgets, welches von **Herrn Trebschuh** ausführlich erläutert wird. Gleichzeitig verweist er hinsichtlich der Wirtschaftsförderung auf den Ausschuss für Wirtschaft, welcher sich mit diesen Angelegenheiten konkret beschäftigt.

Herr Edler hält eine Ergänzung zum Thema BER für sinnvoll, die vielleicht auch als Anlage an die Präsentation angeführt werden kann. Da aus dem Vortrag zu entnehmen war, dass dort sehr viele Gremien vorhanden sind, bittet er um eine Auflistung mit Bezeichnung des Gremiums, der Zusammensetzung, den Kosten, der Rechtsform und den Aufgaben, denn die Abgeordneten müssen zunächst einmal Kenntnis davon erlangen.

Frau Wehlan verweist darauf, dass dieses bereits in der Präsentation enthalten ist, es jedoch kein Problem sein sollte, nochmals zu prüfen, ob man Teile davon bildhaft darstellt, auch zur Klärung der Arbeitsbeziehungen in dem jeweiligen Gremium.

Frau Biesterfeld unterbreitet den Vorschlag, sofern allgemein Interesse vorhanden ist, dass sie in einer der nächsten Sitzungen das Dialogforum insgesamt nochmals vorstellt, da im Augenblick viel Aktuelles zu berichten wäre. Gleichzeitig bietet **Frau Biesterfeld** als Alternative auch eine Ergänzung der Präsentation an, für welche **Herr Edler** plädiert als Möglichkeit zum Nachschlagen.

Anschließend bedankt sich **Herr Edler** im Namen der Ausschussmitglieder bei der Verwaltung für die Mühe, die Zeit sowie das Engagement und hofft auf eine gute Zusammenarbeit.

TOP 6

Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Jansen hat eine Frage zur Straße K 19, welche von Nettgendorf nach Dobbrükow führt. Jahrelang befand sich dort auf einer Seite eine Absperrung durch Baken. Diese wurden nunmehr entfernt und eine Geschwindigkeitsreduzierung von 70 auf 60 km/h veranlasst, jedoch hat sich am Straßenbelag nichts getan. Diese Handlungsweise kann nicht nachvollzogen werden. Daher fragt **Herr Jansen** an, ob man dieses nicht früher hätte veranlassen und dem Ausschuss eine Information geben können, da auch Bürger ein Interesse daran haben.

Die 2. Frage des **Herrn Jansen** bezieht sich auf die Vorstellung zur OD Ruhlsdorf (von Liebätz nach Ruhlsdorf) in diesem Ausschuss. Dort wurde u. a. erklärt, dass dieses Unfallschwerpunkte sind. Seine Nachfrage bei der Polizei ergab jedoch, dass die Maßnahmen der Verkehrsgeschwindigkeitsreduzierung dienen, jedoch ein

Unfallschwerpunkt nicht an einer solchen Stelle bekannt ist. Daher bittet **Herr Jansen** nochmals um eine Stellungnahme, welche **Herr Thiele** teilweise abgibt.

Frau Nestler fragt an, ob sich die Straße K 19 nicht mehr absenkt.

Es ist für sie verwunderlich, da zum damaligen Zeitpunkt Untersuchungen erfolgten, die diese Maßnahme erforderlich machten bzw. die Straße gänzlich gesperrt werden sollte, dass plötzlich diese nicht mehr so gefährlich ist, wie sie vor 3 Jahren dargestellt wurde.

Frau Nestler bittet weiterhin um Klärung, ob ein grundhafter Ausbau für die Kreisstraße zwischen Dobbrikow und Nettgendorf geplant ist.

Herr Jansen hält dafür eine mittelfristige Planung im Haushalt für sinnvoll, um eine eventuell später notwendige Straßensperrung zu vermeiden.

Auch diese beiden Fragen werden von **Herrn Thiele** beantwortet.

Herr Wylegalla hat eine Frage im Zusammenhang mit der Verlängerung Ortsumgehung Thyrow/B 101. Er verweist dabei auf die notwendig gewordenen großen Umgehungen und bittet um Mitteilung, wie lange der Zustand noch anhalten wird bzw. ob er geändert werden soll. Auch dieses wird von **Herrn Thiele** beantwortet.

Frau Wehlan gibt eine Stellungnahme bezüglich der Priorisierung von Maßnahmen ab und bezieht sich hierbei auf die Investitionsplanung in Vorbereitung der Haushaltsaufstellung und der Mittelfristplanung.

Frau Thätner, Herr Dr. Fechner, Herr Grosenick, Herr Herrmann und Herr Thiele verlassen im Anschluss daran den Kreisausschusssaal.

TOP 7

Beschlussvorlagen

TOP 7.1

Unbefristete Vereinbarung des Landkreises mit dem Land Brandenburg - Landesamt für Bauen und Verkehr - über die Wahrnehmung der Aufgabe des Fluglärmschutzbeauftragten für den Flughafen Berlin Brandenburg Willy Brandt - BER (6-3956/19-LR)

Herr Edler gibt den allgemeinen Hinweis, dass zur Herstellung des Protokolls eine Tonaufnahme angefertigt wird. Er bittet den Ausschuss, an ihn heranzutreten, sofern dieses nicht gewünscht wird.

Frau Biesterfeld nimmt zu der als Tischvorlage ausgereichten Beschlussvorlage ausführlich Stellung.

Herr Jansen befürwortet die Beschlussvorlage und hält es für sinnvoll, eine solche Stelle nicht beim Land anzusiedeln und auch die Beschwerden und Anregungen der Bürger ernst zu nehmen. Die Beifügung des Vertragsentwurfes wäre jedoch angebracht gewesen, um zu wissen, über welchen Vertrag man letztendlich entscheidet.

Auch **Herr Dr. Kalinka** erklärt sein Einverständnis mit dieser Übernahme, würde aber auch gern eine Resonanz der in der Beratungsstelle beratenen Personen erfahren. Daher fragt er an, ob eine Maßzahl für diese Art der Beratung vorhanden ist, die ausgewertet werden kann.

Herr Trebus bittet um Mitteilung, ob es sich hierbei um den Fluglärmschutzbeauftragten für den BER/Schönefeld/Teltow-Fläming oder für den gesamten Flughafen handelt, ob hierdurch unser Landkreis Kosten für den Nachbarlandkreis tragen muss oder dieses eine vollständige, dauerhafte Finanzierung erfährt, welches von **Frau Biesterfeld** beantwortet wird.

Herr Jansen verweist darauf, dass die Beauftragte, Frau Brettschneider, in der Vergangenheit regelmäßig in diesem Ausschuss berichtet hat, so dass man zu den Fragen Stellung nehmen konnte.

Herr Wylegalla fragt an, wie viele Ordnungswidrigkeitsverfahren im Jahr auf Grund von Anzeigen bei der Behörde gestellt werden. In diesem Zusammenhang verweist **Frau Biesterfeld** auf den Bericht des Fluglärmschutzbeauftragten, der der Niederschrift zur Mai-Sitzung 2019 beigelegt wurde.

Da diese **Herrn Wylegalla** nicht vorliegt, erklärt **Herr Jansen**, dass die benannte Niederschrift nur die Ausschussmitglieder des vorherigen Ausschusses erhalten haben.

Frau Biesterfeld spricht sich dafür aus, dass der Bericht des Fluglärmschutzbeauftragten der nächsten Niederschrift nochmals beigelegt wird.

Frau Wehlan weist zur Bitte des Herrn Jansen darauf hin, dass die erbetene Vereinbarung zur Kreistagssitzung noch nicht beigebracht werden kann, da in dem Zusammenhang auch Verfahrenssachverhalte geklärt werden müssen.

Herr Wylegalla plädiert auf Grund des Mangels an Unterlagen bei einigen Ausschussmitgliedern auf Vertagung, da die Entscheidungsgrundlage so nicht vollständig gegeben ist.

Herr Edler fasst den Sachverhalt der Beschlussvorlage zusammen, bittet jedoch um Erläuterung zur Entfristung der Arbeitsverhältnisse, welches von **Frau Biesterfeld** konkretisiert wird.

Frau Wehlan bekräftigt die Darlegung von Frau Biesterfeld und betont in diesem Zusammenhang, dass es sich bei dem Fluglärmschutzbeauftragten um eine hochqualifizierte Person handelt, die es auch wert sein muss, diese bei uns zu halten. Insofern ist das Thema „unbefristete Vereinbarung“ die Grundlage dafür, dass der Landkreis die Arbeitsverträge auch unbefristet gestalten kann. **Frau Wehlan** verweist darauf, dass gerade der öffentliche Dienst große Probleme hat, auch qualifiziertes Fachpersonal zu erhalten. Sie hält es für eine unzumutbare Angelegenheit, den in der hiesigen Verantwortung stehenden Beschäftigten keine deutlichen Signale geben zu können, wie es weitergeht.

Frau Wehlan betont, dass hier keine Informationen vorenthalten wurden, die im Zusammenhang stehen mit den konkreten Daten des Fluglärmschutzbeauftragten, weil sich diese an einem Protokoll einer Sitzung befinden, die in der letzten Legislaturperiode stattgefunden hat. Normalerweise ist diese Präsentation auch im Bürgerinformations- und im Abgeordneteninformationssystem einsehbar. Auf Grund der großen Priorität des Themas hält es **Frau Wehlan** für angebracht, in nächster Zeit Herrn Strogies in den Ausschuss einzuladen, um direkten Kontakt mit diesem zu knüpfen.

Frau Wehlan hofft darauf, dass die Vorlage mit den dazugehörigen Anmerkungen selbsterklärend ist und hebt deren Wichtigkeit im Hinblick auf den angestrebten Termin zum Abschluss der Vereinbarung (01.01.2020) hervor.

Daraufhin zieht **Herr Wylegalla** seinen Antrag auf Vertagung zurück.

Herr Edler lässt über den Beschlussvorschlag (6-3956/19-LR)

**„Die Landrätin wird beauftragt, mit Wirkung ab dem 01.01.2020 eine unbefristete Vereinbarung des Landkreises Teltow-Fläming mit dem Land Brandenburg
- Landesamt für Bauen und Verkehr - zur Wahrnehmung der Aufgabe des Fluglärmschutzbeauftragten für den Verkehrsflughafen Schönefeld/Berlin Brandenburg Willy Brandt - BER - abzuschließen.**

Die Vereinbarung soll, wie in den Jahren zuvor auf der Grundlage der Kostenneutralität geschlossen werden.“

abstimmen, welcher mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig empfohlen wird.

Herr Edler bemerkt, dass die Beschlussvorlage ein bisschen kürzer und übersichtlicher gestaltet sein könnte, welches von **Frau Wehlan** erläutert wird.

Als Ergänzungswunsch führt **Herr Edler** an, dass neben der Erläuterung zu den Aufgaben der Fluglärmkommission auch die des Fluglärmschutzbeauftragten übermittelt werden kann, was sicher auch die anderen Abgeordneten des Kreistages interessieren wird.

TOP 7.2

Assoziierte Mitgliedschaft des Landkreises Teltow-Fläming in den Verein „Kommunale Nachbarn Berlin und Brandenburg e.V.“ (KNBB e.V.) (6-3947/19-IV/1)

Frau Wehlan erläutert in detaillierter Weise den Sachverhalt dieser Beschlussvorlage und betont, dass der Landkreis Teltow-Fläming assoziiertes Mitglied werden möchte, da dieser auch eine Verantwortung für die regionale Entwicklung hat. Jedoch darf der Status nicht den Kommunen gleichgestellt werden, die eine Planungshoheit aufweisen.

Herr Dr. Kalinka erwähnt, dass es für eine Beschlussfassung hilfreich wäre zu erfahren, welche Wohltaten sich bisher für den Landkreis aus der Mitwirkung am Kommunalen Nachbarschaftsforum ergeben haben. Diese Anfrage beantworten sowohl **Frau Wehlan** als auch **Herr Trebschuh**, welche den Zusammenschluss hauptsächlich zur Pflege des Informationsaustausches ansehen.

Frau Nestler befürwortet diese Mitgliedschaft, geht jedoch davon aus, dass in der Beschlussvorlage nur Auszüge aus den Entwürfen der Satzung und der Beitragsordnung enthalten sind. Sie hätte sich gewünscht, dass ihr auch die in der Beschlussvorlage angegebenen Anlagen zur Verfügung gestellt werden, um sich auch besser mit der Materie auseinanderzusetzen. Gleichzeitig erwähnt **Frau Nestler**, dass sie noch Schwierigkeiten mit dem Zugang zum Ratsinformationssystem hat.

Herr Trebschuh stimmt dem Ansinnen von Frau Nestler zu und entschuldigt sich gleichzeitig bei ihr für das Versehen, da es auf jeden Fall geplant war, die Vorlage auch mit Anlagen zu versenden. Weiterhin betont **Herr Trebschuh** hinsichtlich der Anlagen, dass alles noch im Fluss ist und noch keine geschlossene Satzung vorhanden ist.

Frau Wehlan entschuldigt sich ebenfalls für das Versehen und ergänzt, dass die Verwaltung am 04.09.2019 den vollumfänglichen Postausgang für den Kreistag zu sichern hat. Gleichzeitig stellt sie heraus, dass alles, was den Entwurf der Satzung und auch Beiträge anbelangt, nicht die assoziierte Mitgliedschaft betrifft. Es wird nicht die Mitgliedschaft angestrebt, wo der Landkreis in Verpflichtungen kommt, die inhaltlich von ihm nicht abgebildet werden können.

Herr Bitterling entnimmt dem Entwurf der Satzung, dass die assoziierte Mitgliedschaft auf 2 Jahre begrenzt ist. Daher fragt er an, ob danach eine automatische Vollmitgliedschaft erfolgt, welche dann mit Kosten verbunden wäre.

Dieses wird von **Frau Wehlan** bestätigt, welche sich dahingehend äußert, dass die assoziierte Mitgliedschaft als Dauerstatus angestrebt wird und bezieht sich dabei auf die Sachverhaltsbeschreibung der Beschlussvorlage.

Für **Herrn Wylegalla** wäre eine vorhandene Satzungsvorlage angebracht, denn seiner Meinung nach sind explizit Kommunen und Gebietskörperschaften nur für die assoziierte Mitgliedschaft von 2 Jahren vorgesehen.

Frau Wehlan äußert sich selbstkritisch dahingehend, dass die Vorlage schwer zu lesen ist, erklärt zum besseren Verständnis detailliert die einzelnen Formen einer Mitgliedschaft.

Herr Edler fasst den Inhalt der Beschlussvorlage nochmals zusammen, sieht auch den angestrebten Status als sinnvoll an, wenn hierfür der Zeitaufwand für die Verwaltung nicht zu groß ist.

Frau Nestler bezieht sich auf die Anfrage von Herrn Bitterling und plädiert in Bezug auf den Postausgang für den Kreistag für eine Ergänzung der Beschlussvorlage, aus der die dauerhafte assoziierte Mitgliedschaft hervorgehen sollte.

Frau Wehlan sieht das Ansinnen von Frau Nestler als Empfehlung an. Da jedoch durch die Fragerunde zur Beschlussvorlage verdeutlicht wurde, dass diese auf Grund der Fülle der Informationen schwer nachvollziehbar ist, um welche assoziierte Mitgliedschaft es sich hier handelt, wird versucht, nochmals im Rahmen der inhaltlichen Hinterlegung einen konkreteren Begriff zu finden oder die „dauerhafte“ assoziierte Mitgliedschaft zu hinterlegen. Sie nimmt den Sachverhalt mit, um das Verwaltungshandeln einzubringen.

Herr Wylegalla fasst die Angelegenheit zusammen. Da für ihn keine Satzung vorhanden ist, die entscheidenden Unterschiede zwischen Rechten und Pflichten zwischen assoziierten Mitgliedern und Vollmitgliedern nicht erkennbar sind, auch nicht bekannt ist, ob der Landkreis den Dauerstatus als assoziiertes Mitglied aufrechterhalten kann, die Bindung an Beschlüsse nicht ausreichend geklärt ist, auch die Rechte und Pflichten als assoziiertes Mitglied sowie der Vorstand nicht bekannt sind und auch Anlagen fehlen, sieht er hierfür keine Entscheidungsgrundlage. Er bittet um ein Nacharbeiten und erklärt, dass er für diese Beschlussvorlage seine Stimme definitiv nicht geben wird.

Herr Edler lässt über den Beschlussvorschlag (6-3947/19-IV/1)

„Der Kreistag beschließt:

Die Landrätin wird beauftragt, beim Vorstand des Vereins „Kommunale Nachbarn Berlin und Brandenburg e. V.“ einen Antrag auf dauerhafte assoziierte Mitgliedschaft des Landkreises Teltow-Fläming in den Verein „Kommunale Nachbarn Berlin und Brandenburg e. V.“ zu stellen.“

abstimmen, welcher mit 7 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 0 Stimmenthaltungen mit großer Mehrheit empfohlen wird.

TOP 8
Arbeitsplan 2019

Herr Edler gibt einige Ausführungen zum Arbeitsplan der Verwaltung, welcher jederzeit ergänzt werden kann. Dieser wird von den Anwesenden zur Kenntnis genommen.

Frau Biesterfeld ist erinnerlich, dass in der Vorberatung besprochen wurde, dass möglicherweise ein vorgeplanter Termin ausfällt. **Herr Trebschuh** erklärt dazu, dass man sich darauf verständigt hat, dass durch die Vorstellung des Haushaltes und dessen Besprechung in diesem Jahr an dem Monatsmodus festgehalten werden soll. Für das kommende Jahr würde dann infrage stehen, ob weiterhin der Monatsmodus beibehalten wird oder man einen anderen Rhythmus findet, wie es bei anderen Ausschüssen letztendlich auch der Fall ist.

Herr Jansen verweist darauf, dass es die Sitzungsfolge, jeden 1. Dienstag im Monat zu tagen, bereits seit 15 Jahren gibt. Vor 5 Jahren wurde auf Antrag eines damaligen Ausschussmitgliedes beschlossen, diesen Turnus beizubehalten, welcher sich bewährt hat. Für **Herrn Jansen** müsste in dem Fall der Beschluss geändert werden. Er kann aber auch die Sicht der Verwaltung nachvollziehen, die einen anderen Turnus beabsichtigt.

Herr Dr. Kalinka geht davon aus, dass jeder Ausschuss eigene Regeln anstrebt, wenn er sich konstituiert, bemerkt aber auch, dass der Arbeitsplan 2019 nicht im Ratsinformationssystem enthalten ist. **Frau Wehlan** entgegnet darauf, dass dieser nicht im Ratsinformationssystem enthalten ist, da er ein Diskussionspapier für den Ausschuss war und kein offizielles Dokument. Des Weiteren legt sie dar, dass es sich um eine neue Legislaturperiode handelt und insofern keine Festlegungen gelten, die irgendwann einmal hier beschlossen wurden.

Herr Edler erklärt, dass der Ausschuss bis zum Jahresende monatlich tagt und man sich in der Dezember-Sitzung darüber verständigen sollte, wie weiter verfahren wird. Er persönlich hält die Anlehnung an die Kreistagssitzungen für richtig, es sei denn, es sind besondere Anlässe vorhanden.

Herr Dr. Kalinka hat eine kurze Anmerkung zur Radwegesituation im Landkreis und würde es begrüßen, dazu perspektivisch über Planung, Fördermittel etc., vielleicht unter dem Punkt „Sachstand und Informationen zu kreislichen Baumaßnahmen im Hoch- und Tiefbau“, informiert zu werden.

TOP 9

Verschiedenes

Da unter diesem Punkt keine Mitteilungen vorhanden sind, beendet **Herr Edler** damit die Sitzung und bedankt sich bei allen Anwesenden für deren Teilnahme.

Luckenwalde, den 18.09.2019

Edler
Vorsitzender

Mehlis
Schriftführerin